



Berlin, 28.11.2011

PRESSEINFORMATION

SPD-Fraktion unterstützt Rücknahme der Sondernutzung für das Grillen im Großen Tiergarten

Nach langer, intensiver und kontroverser Diskussion hat die BVV-Fraktion der SPD Mitte auf der Sitzung der BVV am 17.11.2011 dem CDU-Antrag, das Grillen im Großen Tiergarten vollständig zu verbieten, zugestimmt. Hierzu erklärt der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion Mitte, Hans-Günther Mahr:

„Ich kenne die Diskussionen um das Grillen im Großen Tiergarten nun schon seit Mitte der 90er Jahre. Viele unterschiedliche Lösungsansätze, den Müllbergen und Schäden an der Substanz des einzigartigen Gartendenkmals Großer Tiergarten Herr zu werden, wurden versucht. Ohne Erfolg. Nachdem die Müllmengen immer weiter stiegen und im letzten Sommer mehr als 300.000 Euro für deren Beseitigung aufgewandt wurden, musste nun die Konsequenz gezogen werden. Das für die Müllbeseitigung aufgewandte Geld fehlt zur Finanzierung wichtiger sozialer Projekte. Dieses Geld benötigen wir dringend.

Die Entscheidung ist der SPD-Fraktion nicht leicht gefallen. Sie weiß, dass das Grillen im Freien eine wichtige Freizeitgestaltung darstellt. Gerade auch für Menschen, die sich keinen Garten leisten, in den Urlaub fliegen oder sich andere, kostspieligere Freizeitbeschäftigungen leisten können. Aber angesichts der stetig steigenden Müllberge und Kosten war der Beschluss des absoluten Grillverbots nicht zu vermeiden.

Bleibt die Hoffnung, dass diese Maßnahme zu einem Nachdenken bei denjenigen führt, die bisher ihren Müll beim Verlassen des Grillplatzes nicht entsorgt haben. Denn hätte sich jeder an die Regeln der Parknutzung und des normalen Anstands gehalten, wäre dieses Verbot nicht notwendig geworden. Die Freizeitqualität in den nun verbleibenden ausgewiesenen Grillflächen in Berlin wie im Monbijoupark, im Mauerpark oder auf der Tempelhofer Freiheit könnte deutlich steigen, würden die Nutzerinnen und Nutzer ein umweltbewussteres Verhalten in Hinblick auf ihren Müll praktizieren. Und öffentliche Gelder könnten anstatt für unnötige Müllbeseitigung sinnvoller für soziale Projekte verwandt werden“.